

# Weniger Verkehr und doch neue Umfahrungen?

Bürgermeister Kaufmann schreibt Verkehrsminister Hermann/ Umfahrungen Allmersbach und Miedelsbach überdenken

Rudersberg (pm/mpf). Die erstaunliche Wiedererweckung von seither eher nicht sonderlich aktuellen Straßenbauprojekten wie die Umfahrung Allmersbach-Königsbrunnhof und Miedelsbach (auch Winterbach) veranlasste nun den Rudersberger Bürgermeister Martin Kaufmann zu einer kritischen Note an Verkehrsminister Winfried Hermann. Klar: Werden Allmersbach und Miedelsbach gebaut, würde Rudersberg zum Nadelöhr.

Zunächst skizziert der Rudersberger Rathauschef die Ausgangslage des Generalverkehrsplans 2010, bei dem landesweit 734 Aus- und Neubaupläne angemeldet wurden im Wert von 2,5 Milliarden Euro. Er sei im Zusammenhang mit dem Entwurf zum

Maßnahmenplan Landesstraßen zu einem Gespräch mit Staatssekretärin Dr. Gisela Splett am 30. Juli ins Winterbacher Rathaus eingeladen, könne aber wegen eines unaufschiebbaren Termins nicht kommen, gebe daher seine Stellungnahme „zu den unter Priorität 1 ausgewiesenen Neubaumaßnahmen Ortsumfahrung Allmersbach/Tal-Königsbrunnhof (L 1080) sowie die Ortsumfahrung Miedelsbach (L 1148) in dieser Form ab“. Beide Umfahrungen münden sowohl im Süden als auch im Norden an Ortseingängen der Gemeinde Rudersberg, die „erhebliche Nachteile in ihrer Entwicklung und Zukunftsfähigkeit zu erwarten“ habe.

Für Kaufmann verbessert Straßenneubau „nicht immer“ die Lebensqualität eines Raumes. Er genüge in dem Fall auch nicht der im Netz veröffentlichten Haltung des Ministeriums, wonach „die Mobilitätsansprüche der Menschen und der Wirtschaft mit dem Erhalt einer hohen Umweltqualität im Einklang stehen sollen“. Der Neubau einer Ortsumfahrung könne nicht nur Na-

tur und Umwelt neu belasten, sondern auch rückwärtig sitzende Anwohner.

Kaufmann: „Die Gemeinde Rudersberg ist aufgrund ihrer Eigenschaft als Durchfahrts-gemeinde - insbesondere im Hinblick auf die vorhandene verminderte Aufenthaltsqualität verbunden mit hohen Umweltbelastungen und nachteiligen Entwicklungen für innerstädtische Nutzungen wie Handel und Wohnen - in ihrer nachhaltigen Entwicklung stark eingeschränkt.“ Dem versuche die Gemeinde seit 2008 zu begegnen, indem sie Sicherheit, Aufenthaltsqualität und Umweltwirkungen verbessere. Damit unterstütze sie die Ziele der Landesregierung und setze sich für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung ein. „Begonnene konzeptionelle Maßnahmen sowie die bereits fertiggestellten Straßenbauprojekte ‚B 14 Umfahrung Winnenden‘ sowie ‚L 1150 Aufstieg Welzheim‘ haben ihre Wirkung dahingehend bestätigt, dass sich sowohl in Allmersbach als auch in Rudersberg der Durchgangsverkehr von circa 13 000 Fahr-

zeugen pro Tag in den Ortsdurchfahrten auf teilweise unter 10 000 Fahrzeuge reduziert hat. Dabei ist von wesentlicher Bedeutung, dass der prozentuale Anteil des Ziel- und Quellverkehrs rund 70 Prozent beträgt.“

Kaufmann hält es für „durchaus fraglich“, ob die 20 Millionen teuren Ortsumfahrungen Miedelsbach und Allmersbach „für einen Verkehrsanteil von rund 12 000 Fahrzeugen pro Tag bei allem Verständnis für die Anwohnerinnen und Anwohner an den Ortsdurchfahrten ökonomisch und ökologisch sinnvoll erscheint“. Es liege auf der Hand, „dass mit intelligenten Verkehrsleitkonzepten sowie Lärm-minderung aus ökonomischer und ökologischer Sicht ebenfalls der gewünschte Effekt, nämlich eine Entlastung der Ortsdurchfahrten, zu erreichen ist“. Es sei nicht vorstellbar, dass von den Kommunen geforderte und teilweise umgesetzte Verkehrslenkungs-konzepte sowie Lärm-minderungs- und Gestaltungsmaßnahmen von „der Landesregierung konterkariert werden“ mit dem Ergebnis,

dass sie noch mehr Verkehr haben. Die priorisierten Ortsumfahrungen Miedelsbach und Allmersbach „bilden den Einstieg in eine neue, stark frequentierte Verkehrsachse von der A 81 in den Raum Stuttgart (Nord-Ost-Verbindung), die durch die Gemeinde Rudersberg führt“.

Das Vorgehen des Landes decke sich auch nicht mit dem Koalitionsvertrag, wonach die Landesregierung die Anstrengungen von Kommunen für eine Verkehrspolitik unterstütze, insbesondere das Konzept der Stadt der kurzen Wege und Verkehrskonzepte mit dem „Ziel der Gleichberechtigung im Verkehrsraum“ wie „Shared Space / Begegnungszonen“. Kaufmann appelliert daher an den Minister, die „Neubauprojekte zu überdenken. „Wie müssen sich die Anwohnerinnen und Anwohner von unvergleichbar höheren Verkehrsbelastungen (z.B. Gemeinde Mögglingen) wohl fühlen, wenn sie diese Prioritäten in Verbindung mit Verkehrszahlen und Landschaftsverbrauch vor Augen geführt bekommen?“